

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Einheitlicher Schuljahresbeginn?

Eine nicht verstummende Diskussion

Seit der Kanton Luzern im Jahr 1965 vom Frühjahrsschulbeginn zum Beginn des Schuljahres im Herbst übergegangen ist, will die Diskussion um einen einheitlichen Schuljahresbeginn im ganzen Land nicht mehr verstummen. Mit allerdings unterschiedlichem Echo.

Dem Luzerner Vorstoss sind damals sogleich die Innerschweizer Kantone Uri, die beiden Unterwalden ob dem Wald und nid dem Wald sowie Zug (nicht aber Schwyz) gefolgt. Parallel zu dieser Bewegung in den Urlanden der Eidgenossenschaft war eine gleichgerichtete Entwicklung in den welschen Landesteilen festzustellen, wo die Stände Tessin, Wallis und Genf unbestritten den Herbstschulbeginn praktizierten und auch in Freiburg die Stadt schon den gleichen Modus eingeführt hatte. Es schlossen sich hier nun Freiburg-Land sowie die Kantone Waadt und Neuenburg den Koordinationsbestrebungen an. – Als wiederum traditioneller Herbstschulkanton ist Graubünden anzuführen, das mit seinen romanischen und italienisch-sprachigen Bezirken wohl ebenfalls welsche Traditionen hat, indessen – wie das ebenso sprachgeteilte Wallis – vorab als Gebirgskanton mit einer Halbjahresschule von altersher das Schuljahr auf den Winter hin beginnen liess.

Eine Sonderstellung nimmt das an der Sprachgrenze zwischen Deutsch

und Welsch liegende Bern ein: Es beharrt im bevölkerungsmässig überwiegenden deutschen Sprachgebiet auf dem Frühjahrsschulbeginn, hat aber seinen französischsprachigen Teilen schon vor der Abtrennung der separatistischen Bezirke das «welsche System» zugestanden, wobei als besonders bemerkenswert der Umstand hervorzuheben ist, dass im zweisprachigen Biel beide Systeme in der gleichen Stadt nebeneinander funktionieren. Selbstverständlich hat der Kanton Jura nach der Verselbständigung den Herbstschulbeginn beibehalten und ist heute als dreizehnter Stand in der Front der Herbstschulkantone aufzuführen.

«Schicksalskanton» Bern

Bern ist in der Auseinandersetzung um eine gesamtschweizerische Koordination des Schuljahresbeginns, die derzeit nach der Zahl der Stände fifty/fifty steht, an der Bevölkerungszahl gemessen aber noch immer ein Übergewicht von Zwei zu Eins zugunsten des Frühjahrsbeginns aufweist, so etwas wie der Schicksalskanton.

Am 6. Juni hatte die Stimmbürgerschaft der beiden bevölkerungsreichsten Stände Bern und Zürich wieder einmal über eine Änderung des Systems zu befinden. Regierungen und Parlamente beider Kantone hatten sich

für den Anschluss an die Neuerung ausgesprochen, wobei allerdings dem Zürchervolk die Frage mit dem ungewöhnlichen Vorbehalt vorgelegt worden war, dass ein Ja des Zürcher Souveräns nur dann praktische Folgen zeitigen würde, wenn auch die Berner sich für den Herbstschulbeginn entschieden.

Das merkwürdige Dilemma, das im Fall eines zürcherischen Ja bei gleichzeitigem Nein Berns noch einiges zu reden gegeben hätte, musste glücklicherweise nicht ausgetragen werden. Die Kantonsvölker sowohl von Zürich als auch von Bern haben trotz einer mit grossem Aufwand betriebenen befürwortenden Propaganda mit deutlichen Mehrheiten gegen die Änderung votiert: In Bern ist die Vorlage mit rund 148 500 gegen 85 000 Stimmen, in Zürich sogar mit 185 000 gegen 117 000, also im Verhältnis von 10:7, beziehungsweise 10:6 verworfen worden.

Da die übrigen ostschweizerischen Kantone, die an sich nicht abgeneigt wären, den Herbstschulbeginn einzuführen, diesen Schritt jedoch nur nachvollziehen wollen, wenn er auch von Zürich gemacht wird, und weil auch im Norden und Nordwesten des Landes gleiche Überlegungen angestellt werden, bleibt es vorläufig dabei: Ein Gebiet mit einer Wohnbevölkerung von rund vier Millionen besteht auf dem Frühjahrsschulbeginn, während sich etwas mehr als zwei Millionen Schweizer zur Herbstlösung bekannt haben.

Zwängerei?

Es sind nach dem eindeutigen Ausgang der Volksabstimmungen in Bern

und Zürich da und dort böse Worte gesprochen worden. Wie sie vorher schon vordergründig mit föderalistischen Argumenten gefochten hatten, war nun von den Freunden einer einheitlichen Regelung im Chor der Vorwurf an die Adresse des grossen Zürich und des mächtigen Bern zu hören, dass Grundprinzipien unseres Staates, nämlich den Minderheiten zu mehr Recht zu verhelfen als ihnen rein mathematisch zukommen würde, verraten worden seien.

Umgekehrt ist auch gefahren: Von altersher gilt der Schulbereich als wohlgehütete Domäne der Kantone, die hier im Rahmen der Bundesverfassung ihre Eigenständigkeit wahren dürfen und – allen finanziellen Versuchungen zum Trotz – bisher auch zu bewahren verstanden. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick wird das darstellen.

Vorerst sei jedoch auf die Bestrebungen der Unterlegenen hingewiesen, den Machtspurc der «Sieger» vom 6. Juni mit Bundesgewalt umzukehren. Die Instrumente sind geschmiedet, die dem mit einem Misserfolg geendeten Versuch, auf dem Konkordatsweg zu einer einheitlichen schweizerischen Regelung zu gelangen, doch noch zum Durchbruch verhelfen sollen. Mitteilungen aus einem Kommissionszimmer des Bundeshauses, wo am 19. August die Kommission des Nationalrates für die Behandlung verschiedener pendenter Begehren auf Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns zusammengetreten war, zeigen den neuesten Stand der Dinge.

Eine Einzelinitiative des Ausserrhoder Volksvertreters Christian Merz und nicht weniger als drei Standesinitiativen aus Zug, Schwyz und Lu-

zern waren von der Kommission zu behandeln. Die Standesinitiativen zielen allesamt auf die Einführung des Herbstschulbeginns von Bundes wegen. Die sozialdemokratische Einzelinitiative visiert darüber hinaus auch eine Vereinheitlichung der Schuldauer, des Schuleintrittsalters und des Übertritts von der Primar- in die Mittelschule an. Obwohl gerade die Ungleichheiten in diesen zusätzlich zur Diskussion gestellten Fragen recht bedeutsam erscheinen, hat die Kommission sie von der Weiterverfolgung ausgeklammert. Wie der Kommissionspräsident, der konservative Walliser Biderbost, vor der Presse bekanntgab, will man das Fuder nicht überladen. Hingegen wäre man nach anfänglichen Hemmungen schliesslich einhellig übereingekommen, die Initiativen mit der Empfehlung an den Bundesrat weiterzuleiten, daraus einen Gegenvorschlag zur vor der Landesregierung hängigen Volksinitiative für einen einheitlichen Schuljahresbeginn zusammenzubasteln.

Diese fünfte Initiative, zu der mit Bericht und Antrag an das Parlament Stellung zu nehmen Sache des Bundesrates ist, ist im Februar von 12 freisinnigen Kantonalparteien mit der nötigen Unterschriftenzahl eingereicht worden. Sie verlangt, die sogenannten Schulartikel der Bundesverfassung mit einem neuen vierten Absatz zu Artikel 27^{bis} folgenden Wortlauts zu ergänzen:

«Die Bundesgesetzgebung legt die Jahreszeit fest, in der das Schuljahr beginnt.»

Mit andern Worten: Es stünde auch nach der heute noch höchst ungewissen Absegnung einer solchen Verfassungsbestimmung durch den

eidgenössischen Souverän noch keineswegs fest, ob in Zukunft die angehenden Schüler nach Ostern oder erst nach den langen Sommerferien ihren ersten Schulgang antreten sollen. Das Problem bliebe vorerst ungelöst und wäre einer erst noch zu treffenden gesetzlichen Regelung vorbehalten, gegen die das Referendum ergriffen werden könnte, so dass erst in einer zweiten Volksabstimmung, in der das Ständemehr keine Rolle spielt, zwischen Frühjahrs- und Herbstlösung die endgültige Wahl getroffen würde.

Sollte in dieser Abstimmung der Herbstschulbeginn verworfen werden, stünde man vor der kaum vorstellbaren Situation, dass die Hälfte der Stände, die sich aus verschiedenen Gründen ausdrücklich zum Herbstschulbeginn bekannt hat, durch den gleichmacherischen neuen Verfassungssatz gezwungen wäre, von einer liebgewordenen Ordnung wieder abzugehen. Dann könnte man zu Recht von der «Vergewaltigung» sprechen, die heute von den unterlegenen Befürwortern einer Einführung des Herbstschulbeginns auf dem Konkordatsweg in massloser Übertreibung der Berner und Zürcher Volksentscheide als Vorwurf erhoben wurde. Die Verlagerung des Entscheids von der kantonalen auf die eidgenössische Ebene offenbart zugleich, wie ein an sich zweitrangiges Problem unnötigerweise zu einer «Staatsaffäre» aufgepulvert wird.

Der Kommission Biderbost sind die unmöglichen Konsequenzen einer unveränderten Befürwortung der freisinnigen Volksinitiative bewusst geworden. Deshalb hat sie dem Vernehmen nach mit der Überweisung der drei Standesinitiativen und der teilweisen Befürwortung der Einzel-

initiative die Empfehlung verbunden, der vorweg zu behandelnden Volksinitiative wie erwähnt einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der würde sich nicht mit dem Grundsatzentscheid einer Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns begnügen, sondern im Sinne der andern Vorstösse im gleichen Anlauf die Verankerung des Schulbeginns im «Spätsommer» beantragen. Und wenn mit der Volksinitiative auch der Gegenvorschlag verworfen würde? Dann bliebe einfach alles beim alten, und es müsste sich kein Stand vergewaltigt vorkommen. Besser wäre allerdings gewesen, die Volksinitiative wäre nie zustande gekommen. Doch sie steht nun einmal in der politischen Landschaft und muss – mit oder ohne Gegenvorschlag – dem Schweizer Volk zum Entscheid vorgelegt werden.

Banaler Beginn

Die hartnäckige Auseinandersetzung um die Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns ist bis hierher in ihrem äusseren Ablauf ein Stück weit nachgezeichnet worden. Um sie besser verständlich zu machen, bleiben die Motivationen, die ihr zugrunde liegen, aufzudecken.

Ein erstes, gewissermassen naturgegebenes Motiv für den Herbstschulbeginn ist bereits damit angedeutet worden, dass Bergkantone mit ihrer seinerzeit auf das Wintersemester beschränkten Halbjahresschule eine Tradition fortführen, an die nicht gerührt werden soll. Ebensowenig seien die Bräuche der welschen Kantone angestastet, die von jeher eine andere Einteilung des Schuljahres kannten, als

sie im überwiegenden Teil des Landes Brauch war und ist. Der Zusammenhang mit einer in der Westschweiz in Gang gebrachten «inneren Schulkoordination», die wegen der Kleinheit der Verhältnisse unter dem Motto einer «école romande» den engeren Zusammenschluss als naheliegender erscheinen lassen mochte als in der deutschen Schweiz, dürfte hier auch für die Anschlussbewegung in der mehr äusserlichen Koordination des Schuljahresbeginns ausschlaggebend gewesen sein.

Banaler stellen sich die von Luzern ausgelösten Koordinationsbestrebungen dar: Sie sind wirtschaftlichen Überlegungen entsprungen, die in einem typischen Fremdenverkehrsgebiet auf fruchtbaren Boden fallen mussten. Die Idee des gesamtschweizerischen Herbstschulbeginns ist, wenn man die Ereignisse bis an den Anfang zurückverfolgt, durch den Schweizerischen Fremdenverkehrsverband schon 1932 aufgebracht worden. Mit der aus Krisenerscheinungen abgeleiteten Erkenntnis, dass die Sommersaison jeweilen infolge der auf wenige Wochen zusammengedrängten Schulfesten zu wenig ausgenutzt werden könne, wurde von dieser Seite für eine andere Einteilung des Schuljahres geworben. Zunächst, ohne bei den Schulbehörden Gehör zu finden. Später schalteten sich Verkehrszentrale und Hotelierverein und schliesslich sogar der Delegierte für Arbeitsbeschaffung ein. Mit dem Ergebnis, dass eine bessere Ferienstaffelung zumindest zwischen den grossen Städten abgesprochen und so das Gedränge um einen Ferienplatz etwas gemildert wurde. Aber viel war unter der vorherrschenden Ordnung nicht zu er-

reichen. Das Postulat wurde deshalb in Richtung Übergang zum Herbstschulbeginn erweitert. Und das Eis wurde dann eben 1962/63 mit dem entsprechenden Beschluss der Luzerner Behörden im Fremdenverkehrszentrum gebrochen, der beim Luzerner Volk und seinen nächsten Nachbarn bald die erwähnte Gefolgschaft fand.

Scheingründe ohne innern Konnex

Heute spricht man nicht mehr gern von diesen rein materiellen Überlegungen. An ihrer Statt werden von den Befürwortern des Herbstschulbeginns ganz andere Motive in den Vordergrund gerückt. So muss die pädagogische Begründung herhalten, dass der Schulschluss im Frühjahr mit den dazu gehörenden Prüfungen und Zeugnissen ausgerechnet in die besonders krankheitsanfälligen Monate des Jahres falle. Dieses Argument ist nicht besser und nicht schlechter als die Argumentation der Gegner des Herbstschulbeginns, nämlich dass er zu einer Verlegung der strengsten Schulperiode in die von Schaffensunlust erfüllte heisste Jahreszeit führe.

Vor allem wird aber auf die angeblichen Erschwerungen der «Mobilität» in einer Gesellschaft hingewiesen, von der Wohnortswechsel auch über die Kantongrenzen hinweg häufiger praktiziert würden als in früheren Zeiten der Sesshaftigkeit. Es wird mit dem Argument gefochten, dass Wechsel von einem Kanton mit Frühjahrschulbeginn in einen «Herbstkanton» für das Schulkind schwer überwindbare Anschlusschwierigkeiten mit

sich brächten, die letztlich sogar den Ausschlag für den Verzicht auf einen Stellenwechsel geben könnten. Weiter wird mit den später spürbar werdenen Folgen für den Eintritt in die Hochschulen argumentiert, die ihren Lehrplan so eingerichtet haben, dass das erste Studiensemester normalerweise auf den Herbst fällt.

Wirklich ausschlaggebend für allfällige Anschlussnöte ist weder der eine noch der andere Umstand. Um die Hochschulfrage vorweg zu nehmen: Auch Maturitätsschulen in Kantonen mit Frühjahrsschulbeginn haben teilweise jetzt schon den Abschluss mit der Maturitätsprüfung auf den Herbst festgelegt, und nicht in allen Fakultäten ist die Semesterfolge von zwingender Bedeutung. Vor allem ist jedoch festzustellen, dass ein allenfalls «verlorenes» Semester keineswegs als verloren zu betrachten ist, sondern mit Militärdienst oder einem «Auslandtrip» mehr oder weniger nützlich ausgefüllt werden kann.

Blieben die Erschwernisse für den Primar- und Mittelschüler: Wer auch hier die Dinge realistisch betrachtet, muss zur Erkenntnis gelangen, dass die Besorgnisse wegen der mangelnden Koordination übertrieben werden. Viel wichtiger als der Schuljahresbeginn, der in eher seltenen Fällen eine kleine Zäsur mit sich bringen kann, sind die Verschiedenheiten in den Stoffplänen und beim verwendeten Lehrmaterial. In diesen Bereichen können sich tatsächlich wegen des unterschiedlich angesetzten Beginns mit dem Fremdsprachenunterricht schon im fünften (Basel, Bern) oder erst im siebten oder achten Schuljahr (Ostschweizer Kantone) ernstliche Erschwernisse für das Mitkommen er-

geben. Auch die von Kanton zu Kanton wechselnden Systeme für den Mathematikunterricht fallen schwerer ins Gewicht.

Schliesslich sei mit einem Blick auf das unterschiedliche Lehrbuchmaterial das krasse Beispiel angeführt, dass eine seinerzeit vom Schweizerischen Geschichtslehrerverein veranlasste Erhebung allein für dieses Fach die Verwendung von über hundert verschiedenen Lehrbüchern nachgewiesen hat, so dass es geschehen konnte, dass ein Schüler beim Schulwechsel eine Geschichtsperiode mehrmals und eine andere nie zu hören bekam. Wenn koordiniert werden soll, wäre eher mit der Korrektur solcher Abweichungen einzusetzen als bei der Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns, wo Vor- und Nachteile sich die Waage halten und als ausschlaggebendes Argument für die eine oder die andere Lösung letztlich nur die Tradition – wenn man lieber will: die Beharrlichkeit – Bestand hat.

Lob der föderalistischen Vielfalt

Ja, es gibt Stimmen, die sogar mit Vehemenz den Standpunkt vertreten, dass es verhängnisvoll wäre, an den «Schulföderalismus» zu röhren, denn dieser habe eine tiefere Berechtigung. Ein an Deutlichkeit nicht mehr zu übertreffendes Votum in diesem Sinn ist jüngst in der «Basler Zeitung» vom 28. August abgegeben worden. Ein ausgewiesener Schulfachmann, der Rektor des Basler Naturwissenschaftlichen Gymnasiums, Dr. Rolf Hartmann, erteilt nicht nur der Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns, sondern allen Koordinationsbestre-

bungen im Schulbereich eine pauschale Absage.

Allen so oder anders gearteten Zweckmässigkeitsüberlegungen, die für einen besser abgestimmten Unterricht angeführt werden, stellt Hartmann die Werte der Erhaltung der lebendigen Vielfalt unseres nicht nur mehrsprachigen, sondern auch sonst durch Mannigfaltigkeit sich auszeichnenden Landes gegenüber: «Zu diesem föderalistischen Aufbau unseres Staates gehört auch die kulturelle Vielfalt in all ihrer Knorrigkeit und Eigenbrötelei. Weil wir diese auch wuchern lassen und sogar fördern, haben wir – im Gegensatz etwa zu Frankreich – nicht nur keine eigentliche Provinz, sondern auch keine Minderheitsprobleme!»

Lehrplan und Schulbuchföderalismus und die Vielfalt der schulischen Organisationsformen werden in diesem Konnex als zentraler Bestandteil der kulturellen Vielfalt allgemein, als «Frucht und Nährboden in einem», hingestellt. Denn wer auf diesem Gebiet zu koordinieren anfange, der gerate leicht ins Uniformieren und Zentralisieren und ersetze so die «leuchtende Buntheit» durch ein «mattes Grau». Staatspolitisch gesehen, betreibe er «lebensbedrohenden Unfug», der denn auch bereits nur schon mit seinen Ansätzen zur Durchstrukturierung des gesamten Bildungswesens zu einem die Begegnung mit dem Geistigen langsam aber sicher zerstörenden «Verschulungsprozess» geführt habe.

Der Versuch, die Dinge aus solcher Sicht zu betrachten, mag da und dort befremden und namentlich dort geradezu brüskieren, wo mit den gelgenden Schulsystemen Härten verknüpft sind. Gerade weil mit der erwähnten

«Verschulung» die sogenannt höhere Schulbildung sich auf früher von ihr nicht erfasste Kreise ausgebreitet und zu einer Überfüllung der Mittelschulen und Universitäten geführt hat, werden Ungleichheiten heute stärker empfunden. Mit der Abwertung des «elitären Denkens» früherer Zeiten, das zugegebenermassen manchem Sprössling besser situierter Kreise gegenüber Arbeiter- und Bauernkindern unverdienterweise eine leichtere Schulkarriere ermöglicht hat, ist der Ruf nach «Chancengleichheit» für alle laut geworden. Man wird deshalb auch die Schulkoordination nicht gar so leicht abtun können. Die Frage ist nur, ob auch der wegen der Unruhe einer anspruchsvolleren Jugend verärgerte Stimmbürger diesem Ruf nach Reformen folgt.

Der Schulvogt ...

Erfahrungen mit früheren Versuchen, die Ansätze zu Schulreformen auf kantonalem Boden zu gesamtschweizerischen Lösungen weiterzuführen, stimmen eher skeptisch. So lebhaft immer wieder im kommunalen und kantonalen Bereich Nachteile der geltenden Schulorganisation wie beispielsweise das Problem des zu frühen Übertritts von der Primar- auf eine höhere Schulstufe mit ihren Härten für Kinder, die «den Knopf» erst später auftun, kritisiert und Möglichkeiten einer grösseren «Durchlässigkeit» zwischen den verschiedenen Schulstufen diskutiert werden – bis jetzt sind diese Fragen immer wieder als ureigenste Angelegenheiten des engen Bezirks betrachtet worden.

Auf eidgenössischer Ebene hat eine

einige grössere Reform durchgeschlagen, und diese geht auf die Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 zurück: Damals sind die Kantone im Zeichen des Kampfes um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu einem «genügenden», «obligatorischen» und in den öffentlichen Schulen «unentgeltlichen» Primarunterricht, der in den öffentlichen Schulen von den Angehörigen aller Bekenntnisse «ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit» besucht werden kann, verpflichtet worden. Wohlverstanden: die Kantone, nicht der Bund, sind für den Elementarunterricht als zuständig bestätigt worden. Dem Bund wurde mit demselben Artikel 27 BV nur die Kompetenz zugestanden, «gegen Kantone, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen», die nötigen Verfügungen zu treffen.

Was unter einem genügenden Unterricht zu verstehen sei, wurde offen gelassen. Ein Versuch, in Gestalt eines Ausführungsgesetzes diese Bedingungen zu präzisieren, ist in der Volksabstimmung vom 26. November 1882 gescheitert. Die unter dem offiziellen Kennwort eines Eidgenössischen Schulsekretärs segelnde Vorlage, die eine Bundeseinmischung in die pädagogischen Kompetenzen der Kantone gebracht hätte, hat zur Ergrifung des fakultativen Referendums und zur Auslösung eines heftigen Abstimmungskampfes geführt, in dem der Schulsekretär als «Schulvogt» mit Erfolg bekämpft wurde. Mit 318 000 gegen 172 000 Stimmen ist der Ansatz zu einer Vereinheitlichung gründlich durchgetan worden.

Erst mit einer Verfassungsnovelle von 1902 sind den Kantonen zur Un-

terstützung der ihnen in Erfüllung der aus Artikel 27 erwachsenen Pflichten Bundesbeiträge zugestanden worden. Im übrigen wurde im neuen Artikel 27^{bis} ausdrücklich nochmals unterstrichen, dass Organisation, Leitung und Beaufsichtigung des Primarschulwesens «Sache der Kantone» bleiben sollten.

... ist nicht tot

Das Gespenst der Bevogtung ist in einem erst ein Jahrzehnt zurückliegenden zweiten grossen Schulkampf wieder heraufbeschworen worden, als die neuen Bildungsartikel der Bundesverfassung Volk und Ständen zum Entscheid vorgelegt wurden. Jener Urnengang vom 4. März 1973, der zwar ein knappes Volksmehr zugunsten der Vorlage (507 500 Ja standen 454 500 Nein gegenüber) gezeigt hat, jedoch an einer fehlenden Standesstimme gescheitert ist, hatte als Ausgangspunkt dieselbe Frage einer Koordination des Schuljahresbeginns, die heute wieder durch die schulpolitische Landschaft geistert. Doch hatte das für unsere Behörden enttäuschende Ergebnis eine längere Vorgeschichte und war durch Begleitumstände gekennzeichnet, die für das Politisieren auf schweizerische Art so bezeichnend sind, dass sie im Zusammenhang mit unsren heutigen Erörterungen nicht übergangen werden dürfen.

Man wird mit der Vorgeschichte wieder zurückgeführt auf die Jahrhundertwende, als es um die Einführung der Primarschulsubvention des Bundes ging. Gewitzigt durch die Erfahrungen mit dem Schulsekretär wollte man die Auseinandersetzung

um ein neues «Bundesdiktat» vermeiden und hoffte, durch gemeinsames Vorgehen der Kantone das gleiche Ziel zu erreichen. In dieser Erwartung ist 1897 die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren ins Leben gerufen worden. Sie nahm sich neben der Primarschulsubvention mit der Zeit auch der von Lehrerkreisen aufgeworfenen pädagogischen Fragen, insbesondere einer bescheidenen Vereinheitlichung der Lehrmittel an. Hingegen blieben Fragen des Schulaufbaus, der Schulsysteme und -gesetze vorerst bewusst ausgeklammert. Und als angesichts der stärker werdenden Binnenwanderung und der gesellschaftlichen Umstrukturierungen die Frage eines einheitlichen Schuljahresbeginns mit den oben geschilderten Begleiterscheinungen dann doch aktuell wurde, stand es für die Erziehungsdirektoren fest, dass ein derartiges Problem, verknüpft mit einer einheitlichen Festlegung des Schuleintrittsalters, am besten auf dem Konkordatswege angegangen würde.

Es hat dann allerdings mit diesem Schulkonkordat reichlich geharzt. Bis eine allgemeine Anregung der «Jungen Mitte», eines Zusammenschlusses von Jugendgruppen der damaligen BGB, den Arbeiten mit einem Mal Dampf aufgesetzt hat: Die am 1. Oktober 1969 mit 87 000 Unterschriften eingereichte Initiative hatte mit ihrer blossen Ankündigung den Erziehungsdirektoren Beine gemacht, so dass deren Vorsitzender, der heutige Bundesrat Hans Hürlimann, einer überraschten Öffentlichkeit schon im Mai jenes Jahres mitteilen konnte, die Bestrebungen für eine interkantonale Übereinkunft stünden kurz vor dem Abschluss. Tatsächlich ist die ange-

kündigte Vereinbarung kurz darauf den zuständigen kantonalen Instanzen zur Unterzeichnung vorgelegt worden.

Doch welche Enttäuschung: Zu Beginn der siebziger Jahre ist der Konkordatsbeitritt von den Kantonen, deren Schuleinrichtungen nun einmal wegen ihrer Anziehungskraft auf die umliegenden Kantone beispielhaft hätten vorangehen sollen – unter anderen haben Bern und Basel-Stadt die Unterschrift verweigert –, abgelehnt worden. Als auch das Zürchervolk, das 1971 zuerst ja gesagt hatte, seinen zustimmenden Entscheid in einem zweiten Urnengang zurücknahm, wurde die Konkordatslösung als gescheitert betrachtet. Die Konsequenz schien auf der Hand zu liegen: Wiederaufnahme der aufs Eis gelegten Initiativen der Jungen BGB.

Als diese den eidgenössischen Räten zur Stellungnahme vorgelegt wurde, sahen die Reformer die Zeit für eine grössere Revision gekommen. Ernst Mahnungen zum Trotz, die vor einer Überladung des Karrens warnten, haben sich die Räte nicht mit der Ausarbeitung einer Formulierung im Sinne der Initianten begnügt, sondern die Gelegenheit wahrgenommen, weitere als wünschenswert erachtete Postulate durchzubringen. Insbesondere ist ein «Recht auf Bildung» durchgestiert worden, das wohl sozialdemokratischen Vorstellungen entsprach, jedoch in weiten Volkskreisen berechtigtes Misstrauen weckte. Jedenfalls ist mit dem überladenen Fuder auch die Koordination des Schuljahresbeginns bachab geschickt worden. Ob dem neusten Anlauf mehr Erfolg beschie-

den sein wird, mag die nahe Zukunft erweisen.

Die Schule blieb trotzdem lebendig

Die Chancen für eine Bundeslösung scheinen jedenfalls nach den jüngsten Volksentscheiden von Zürich und Bern, mit denen einer Wiederbelebung der Konkordatslösung endgültig das Grab geschaufelt wurde, nicht besser geworden, und die Stimmen mehren sich, die sich zugunsten einer Konzentration der Revisionsanstrengungen auf lokalem Boden aussprechen. Im stillen und kleinen ist hier viel mehr für die «Durchlässigkeit» der Schulsysteme geleistet worden, als sie je mit einer Vereinheitlichung des Schulbeginns erreicht werden könnte. Es gibt nicht zuletzt im «Schicksalkanton», wo wie auch andernorts sogenannte «Gesamtschulversuche» von sich reden machen, Anzeichen, dass der langsame Weg, der über blass äusserliche Anpassungen hinausführen könnte, nicht der schlechtere ist. Die Zeit steht nicht still, und die Schule ist beweglich genug, den wirklichen Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen, wobei manchmal eher zu viel als zu wenig getan worden ist. Im übrigen ist eine entscheidende Erfahrungstatsache nicht ausser acht zu lassen: Der gute Schüler und der richtige Lehrer wird mit jedem Schulsystem fertig – dem schlechten Schüler wird es mit keinem noch so ausgeklügelten System leichter gemacht, ein Ziel zu erreichen, das für ihn zu hoch gesteckt ist.

Arnold Fisch

Unterwegs im Reagan-Land

Der alltägliche Konservatismus

Im «San Francisco Chronicle» las ich über einen Schwindel mit Fürsorgegeldern: 10 Beamte des Sozialamtes der Golden-Gate-Stadt waren schon verurteilt, 30 angeklagt, und gegen 20 weitere liefen Ermittlungen, weil sie Verstorbene oder eigene Angehörige jahrelang mit Geldüberweisungen versorgt hatten. Als ich Edwin S. Sarsfield, den Direktor des Amtes, der selber unter Beschuss geraten war, in seinem schulzimmersgrossen Büro aufsuchte, beklagte er sich bitter über die Kampagne, die anhand von einzelnen Missbrauchsfällen gegen die Sozialprogramme geführt werde. Weil Präsident Reagan die Bundesmittel um einen Viertel gekürzt habe, musste Sarsfield Anfang Jahr 10 Prozent seines Personals (160 von 1600 Angestellten) entlassen und kann den Bedürftigen keinen Teuerungsausgleich mehr gewähren. «Reagan macht uns alles kaputt.»

Mit oder ohne Reagan stehen die USA zu Unrecht im Ruf, ein gnadenlos kapitalistisches Land zu sein, in dem nur überlebt, wer arbeiten oder sein Geld arbeiten lassen kann.

15 Prozent aller Amerikaner, viele schon seit Generationen, leben von Welfare (Fürsorge). Welfare greift dort, wo Social Security («AHV», verbunden mit Medicare, einem Rentner-Gesundheitsdienst, der in Krankheitsfällen 80 Prozent aller Kosten deckt) und Arbeitslosenversicherung nicht greifen oder nicht genügen. Die ameri-

kanische «AHV» funktioniert wie die unsrige, ist allerdings selbsttragend (finanziert aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen, ohne Subventionen aus Steuergeldern), aber auch defizitär.

«Wir geben pro Minute 36 000 Franken mehr aus, als wir einnehmen, und wenn die Politiker nichts unternehmen, sind wir 1983 bankrott», erklärte mir Bob Faust von der San Francisco Social Security Administration. Im Moment laboriert man in Washington an einer Verzögerung des Teuerungsausgleichs für Rentner. Die heisse Kartoffel der defizitären Sozialversicherungen wird, wie auf der ganzen Welt, im Kreis herumgereicht. Der Versicherungsanspruch eines Arbeitslosen geht bis zum Maximum von 280 Franken pro Woche; die Bezugsdauer beträgt 26, in Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit 39 Wochen.

Bedürftige ohne Versicherungsansprüche «go on welfare», wie man sagt, sie leben von Welfare checks, Food stamps und Medicaid (Gratismedizin, zu unterscheiden von Medicare für Rentner, die auf Versicherungsbasis funktioniert). In vielen Staaten sind Fürsorgeabhängige zu Workfare verpflichtet; sie arbeiten einige Stunden pro Woche als Strassenwischer, Parksäuberer und dergleichen. Eigentum von Haus, Auto und Fernseher schliesst eine Welfare-Anspruchsberichtigung nicht aus. Eine Sozialarbeiterin führte mich ins Feld. Ganze

Quartiere von amerikanischen Städten leben von Welfare. Hier drei der Welfare-Fälle, die ich im Detail kennengelernt habe:

Galen, eine geschiedene Frau, 30, lebt mit zwei Töchtern, 7 und 10, und einer Freundin in einem grossen, etwas verlotterten Haus. Ihr Monatscheck beträgt 930 Franken, wovon sie 600 für die Miete ausgibt. Die Food stamps für 150 Franken monatlich decken ihr die Hälfte der Nahrungsmittelbedürfnisse. Sie bezieht außerdem ein 4000-Franken-pro-Jahr-Stipendium für den Besuch des City College in San Francisco. Stundenweise arbeitet sie in einem Privatkindergarten; sie fühlt sich nicht verpflichtet, diese «kleineren Einkünfte» dem Wohlfahrtsamt zu melden.

Der ledige Schwarze Joe, 44, vor einigen Wochen aus der Strafanstalt entlassen, wo er eine Anlehre als Koch absolvieren konnte, wohnt auf Kosten des Sozialamtes in einer kirchlich geführten Herberge (Einzelzimmer mit Toilette) und isst in einem der Mahlzeitenzentren des Amtes, wo er auch mit Küchenarbeiten aushilft. Er sucht einen Job in einem Hotel. Seine Mutter ist offenbar wohlhabend, vermietet Wohnungen, kümmert sich aber nicht um den Sohn.

Wendy, eine Coiffeuse, 25, stellte nach vollzogener Scheidung fest, dass sie schwanger war. Da sie von ihrem Ex-Gatten kein Geld wollte, ging sie während der Schwangerschaft auf Welfare: 750-Franken-Check monatlich («für zwei Personen») plus Food stamps für 100 Franken, ferner Medicaid, einschliesslich des Spitalaufenthalts für die Entbindung. Sie arbeitet jetzt wieder, überlegt sich aber, ob sie später wieder aufs Sozialamt gehen

will. Für die spätere Ausbildung ihres Kindes hat ihr Vater auf einem Bankbüchlein 100 000 Franken deponiert.

Die Weissen des Südens wieder «vollwertig»

Nach Umfrageergebnissen hat der Wohnort, den Amerikaner als ideal empfinden, zwischen 50 000 und 100 000 Einwohner, ist nördlich genug, um Industriearbeitsplätze anzubieten, südlich genug, um ländlich-mild zu sein, westlich genug, um den romantischen Hauch einer ehemaligen Grenze zu verbreiten, und östlich genug, um eine Geschichte zu haben.

Ein solcher Ort mag Anniston, Alabama, sein, in Dixieland, im tiefen Süden der USA. Der Besucher atmet Geschichte und Geschichten von «König Baumwolle», der früher feudal herrschte. Weiss bemalte Holzresidenzen im Kolonialstil, wie sie sonst vor allem in Virginia zu finden sind, zeugen von der Zeit der Plantagenbesitzer, die ihre Negersklaven als Cotton pickers arbeiten liessen. Die Erfindung des Air conditioning hat den «Sonnengürtel» Amerikas in neuester Zeit revolutioniert. Einst suchten die Schwarzen Arbeit im industriellen Norden. Heute ziehen täglich einige tausend Nordstaatler, Arbeitslose aus Detroit, mit Sack und Pack in den Neuen Süden, wo zukunftsträchtige Industrien, etwa der Elektronikbranche, rasch expandieren.

Kaum zu glauben, dass in diesem freundlichen Landstrich noch vor zwanzig Jahren Gouverneur George Wallace persönlich ins Eingangstor zur Staatsuniversität Tuscaloosa stand, um einem Schwarzen den Zutritt zu ver-

weigern – Präsident Kennedys Bundestruppen mussten Wallace wegtragen. Wallaces Lebensweg entspricht der Wandlung Alabamas. In den fünfziger Jahren verlor er als Gemässigter eine Gouverneurswahl gegen einen resoluten Rassentrennungsanhänger. «They'll never outseg me again», schwor sich Wallace, nicht übersetzbbar, und wurde selber Rassist. Er und, als er laut Verfassung nicht noch einmal kandidieren durfte, seine Frau Lurleen regierten den Staat in den Jahren der von der Bundesregierung erzwungenen Integration der Rassen. Lurleen starb an Krebs, George wurde von einem Attentäter zum Krüppel geschossen – aber heute will Wallace, jetzt als geläuterter Liberaler, wieder einen Wahlkampf um den Gouverneursposten wagen. Selbst die Schwarzen haben sich mit ihm versöhnt.

Jedes Dorf im amerikanischen Süden hat seine Gedenksteine, Statuen und zu Denkmälern erstarrten Kanöchen, die an die Gefallenen des Bürgerkriegs 1861 bis 1865 und an Jefferson Davis erinnern, den Chef der abtrünnigen 13 südlichen Confederate states. Die Schwarzen haben diese Verherrlichung des «Unabhängigkeitskampfes des Südens» immer als Schlag ins Gesicht empfunden. Neu ist, dass auch die Weissen die Dinge heute anders sehen. «Nur noch Geschichtskundige hängen an Feiertagen die Confederate flag vors Haus», sagte mir Redaktor Cody Hall vom «Anniston Star», der sich nebenbei als Pilot der Maschine vorstellte, die 1945 irrtümlich den Bahnhof von Basel bombardiert hatte. Hall ist ein eingefleischter Southerner, wie schon der Akzent verrät. Aber von der Sezession sagt er: «It was a poor man's fight for the rich

man's cause» – die Patrizier und Sklavenhalter, die ihre Privilegien verteidigten, warfen die armen Weissen vor die Rohre der Nordarmeens.

Nachdem Präsident A. Lincoln im Bürgerkrieg die Sklaverei abgeschafft hatte, dauerte es noch hundert Jahre, bis die Schwarzen im Süden auch wirklich die rechtliche Gleichstellung mit den Weissen erlangten. Und dann wurde es 1976, bis das Land mit der Wahl des Südstaatlars Jimmy Carter zum Präsidenten zu erkennen gab, dass es die Weissen des Südens wieder als vollwertige Amerikaner zu akzeptieren gewillt war. «Der Süden und die Nation sind wiedervereinigt», notierte «Anniston-Star»-Verleger und Carter-Freund Brandt H. Ayers in einer zur Wahl von 1976 herausgegebenen Festschrift. Nachdem «unser Schmerz als Outsider so alt geworden war, dass er uns fast zum Freund wurde», sei erstmals einer dieser Outsider Präsident geworden. Ayers, dessen liberal-antirassistische Zeitung im ganzen Land einen ausgezeichneten Ruf geniesst, fügte im Gespräch etwas Geschichtsphilosophisches hinzu: Der Süden habe das Vietnamtrauma und andere amerikanische Tragödien der letzten zwei Jahrzehnte besser ertragen als der Norden und Osten, «weil er schon seit 1865 weiß, dass Niederlagen in der Geschichte des Menschen möglich, ja normal sind».

Gespräche mit Schwarzen

Noch besser als die Weissen kennen natürlich die Schwarzen des Südens das Gefühl der Unterwerfung, der Demütigung. Aber die Wunden scheinen am Verheilen zu sein. Zu meiner Über-

raschung erzählte mir der schwarze Direktor der Volksschulen von Anniston, William Trammell, er habe sich unter konservativen Südstaatlern immer wohler gefühlt als mit den Weissen an der Columbia University (New York), wo er studiert hatte. Die «Liberalen» des Nordostens hätten einen «intellectual approach» zum Rassenproblem; gerade von ihnen fühlten sich Schwarze oft belächelt. In Anniston habe er seit seiner Kindheit keine jener schauerlichen Crossburnings (Kreuzverbrennungen) mehr gesehen, welche in weisse Tücher gehüllte Ku-Klux-Klan-Fanatiker zu zelebrieren pflegten. Die Schulintegration ist ohne Erschütterungen über die Bühne gegangen. Das in grösseren Städten so umstrittene Problem des Busing stellte sich nicht. Hier konnte man die Einzugsgebiete der Schulen so aufteilen, dass überall Minderheiten der jeweils andern Rasse vorhanden sind, ohne dass Kinder zum alleinigen Zweck der Rassenvermischung auf unvernünftig lange Autobusfahrten geschickt werden müssen. Trammell ist als erster Schwarzer in den örtlichen Lions' Club aufgenommen worden. Im Rotary Club von Anniston sind die Weissen immer noch unter sich.

Befürchtungen um neue Unruhe knüpft Trammell an die unter der Reagan-Administration geübte Zurückhaltung beim Durchsetzen der Gleichheitsgesetze. Das Justizdepartement in Washington lehnt es neuerdings ab, gerichtlich angeordnetes Busing (Kindertransporte zur Desegregation weiter entfernter Schulen) mit Staatsgewalt durchzusetzen, oder auch die Bundeserlasse, welche jeden Arbeitgeber zur Anstellung bestimmter Prozentsätze von Schwarzen verpflicht-

ten. Beim Entzug von Steuervorteilen gegenüber Privatschulen, die Rassendiskriminierung praktizieren, ist man in Washington larger geworden, wie überhaupt Diskriminierungsfälle weniger stark verfolgt werden als unter dem Südstaatler Carter und allen früheren Präsidenten seit Kennedy. Ein Bürgerrechtsgesetz von 1965, das dem Bund ein Vetorecht gegenüber diskriminierungsverdächtiger Wahlkreisgeometrie innerhalb der Staaten einräumte, will Reagan ausser Kraft setzen. Seine Motive gründen in der Philosophie des New Federalism und sind nicht rassistischer Natur. Dies aber nehmen ihm Schwarze wie Trammell nicht ab. Hinzu kommt, dass die Kürzung der Sozialprogramme wiederum vorab die Schwarzen trifft, bei denen Arbeitslosigkeit und Fürsorgeabhängigkeit grösser sind als bei den Weissen.

«Wer geachtet werden will, muss zuerst von sich selbst überzeugt sein», sagt James Bush, ein Negerführer in Anniston. Der Kampf um die rechtliche Emanzipation sei abgeschlossen. Nur müsse man die Schwarzen jetzt auch dazu bringen, von allen ihren Rechten Gebrauch zu machen. Dass die 40 Prozent Schwarzen in Anniston nur ein Prozent des Geschäftslebens kontrollieren, sei nicht die Schuld der Weissen, auch kein Rechtsproblem, sondern eine Frage des schwarzen Selbstbewusstsein. Bush besitzt und betreibt in zweiter Generation einen Spezereiladen, ein traditionelles Segment des «black business». Die Weissen haben immer gerne bei Schwarzen eingekauft. Bush ist Präsident der Voters' League seines Bezirks. Die Liga fordert die Schwarzen vor Urnengängen zur Teilnahme auf, testet Kandidaten

auf ihre Haltung und gibt Wahlempfehlungen heraus. Man sei nicht immer für Schwarze. Liberale Weisse seien oft hilfreicher beim Öffnen von Türen. Schwarze würden manchmal, einmal in ein Amt gewählt, politisch «weiss». Segregation spiele heute weniger nach Hautfarbe als zwischen arm und reich.

Louis Morton, 43, ist Journalist bei einer Radiostation für Schwarze in Los Angeles. Mit seiner fünfköpfigen Familie wohnt er im Nobelquartier Wilshire bei Beverly Hills. Sein Haus mit Gästetrakt, Pool und Garten hatte er 1977 für 180 000 Franken gekauft; heute schätzt er es auf eine halbe Million. Seine Bank habe ihm zunächst die Hypothek, die er zu 12 Prozent verzinst und innert 30 Jahren zurückzahlen muss, verweigern wollen, weil die «weissen» Häuser seiner Nachbarschaft durch den Einzug eines schwarzen Nachbarn an Wert verlieren könnten. «Redlining» heisse diese Praxis der Banken, Rassenvorurteilen ihrer Kunden Rechnung zu tragen. Zuweilen schiebe eine Bank in solchen Fällen einen weissen Strohmann dazwischen, der den Preis so hinaufzutreiben habe, dass der Schwarze sein Interesse verliere.

Morton war in New York aufgewachsen und hatte als guter Korbballer Stipendien für die besten Schulen des Landes erworben. Er sagt, das amerikanische Rassenproblem motte unter der Oberfläche weiter. In den Schulen werde nichts über Leistungen Schwarzer gelehrt. In Fernsehen und Film kämen Schwarze nur als Unterhalter oder Clowns vor, nie als verantwortliche Familienväter. Selten würden schwarze Reporter auf Angelegenheiten der Weissen oder auf nationale Probleme losgelassen. Er selbst ver-

sucht, immer korrekt-klassisch angezogen zu sein, um respektiert zu werden. In Los Angeles würden schwarze Autofahrer, die Fehler begehen, von der Polizei immer noch mit gezogener Pistole angehalten und als «Boys» angesprochen. Der umstrittene «Shockhold», ein polizeilicher Würgegriff um den Hals, habe seit 1974 in Los Angeles bei 15 Verhafteten zum Tod geführt; 13 davon seien Schwarze gewesen. Das Leben der Schwarzen werde geringer geachtet. Noch immer gebe es Taxichauffeure, die keinen Schwarzen aufnehmen, ausser er sei perfekt gekleidet.

Morton kam so richtig emotional in Fahrt, während wir auf dem achtspurigen San Diego Freeway dem Schwarzenviertel Watts zustrebten. «Und überhaupt hatte man uns 1865 Reparationen für die Schmach der Sklaverei versprochen, die nie bezahlt worden sind.» Er wisse zwar kein Land, wo es seine Rasse besser habe. Nur: «Die weissen Amerikaner kommen den Versprechen ihrer Verfassung nicht nach.»

Herzland und Ostküste

Amerikanische Kleinstädte sehen Ausländer, aber auch Ost- oder Westküstenamerikaner meist nur aus 10 000 Metern Höhe. Es ist ja auch billiger, nach Los Angeles zu fliegen als ins Herzland. Immerhin nehmen sich Ethnologen, die sich bislang mit Samoa befasst haben mögen, neuerdings des Themas an. Unter den Titeln «Hometown, USA» und «Middletown families» sind soziologische Untersuchungen und Fernsehserien über die Gründe erschienen, weshalb sich die Menschen draussen in der Provinz eigentlich

wohl fühlen. Da leben die meisten Amerikaner, und da wird langfristig auch der Grundstrom der amerikanischen Politik festgelegt.

Natürlich sei er für Ronald Reagan, sagte auf meine Frage hin der Taxichauffeur, der mich vom Flugfeld von Du Bois, im Westen Pennsylvanias, ins Städtchen fuhr. Reagan bringe die Leute wieder zum Arbeiten, das Land wieder in Ordnung. Er, mein Fahrer, habe Nachbarn, die seit bald einer Generation «on welfare» lebten, die Tage mit Fernsehen, Herumspazieren in grossen Benzinfressern verbrachten und mit Food stamps (staatliche Nahrungsmittelgutscheine für Bedürftige) Steaks für ihre Vierbeiner kauften, weil es für Hundefutter keine Food stamps gebe. Aber die fast zehn Prozent Arbeitslosigkeit im Lande? Jeder, der arbeiten wolle, finde Arbeit, aber «many prefer to go on welfare».

Es sei übrigens kein Zufall, dass er mich in einem japanischen Wagen chauffiere, meinte mein Fahrer weiter. Nur noch Superpatrioten und Idioten kaufen amerikanische Autos. In der serbelnden Motorenstadt Detroit sei der Wurm schon lange drin. Die Autoarbeiter wechselten dort die Stelle wie ihr Hemd und schöben oft noch auf Kosten der Arbeitslosenversicherung ein halbes Jahr Urlaub dazwischen. Man müsse sich nicht wundern, wenn Fahrzeuge von General Motors, Ford und Chrysler pannenfällig seien. Der Präsident kämpfe gegen die Schlamperei im Lande.

Noch am Vormittag, bei meinem Abflug von Washington, hatte ich in der regierungskritischen «Washington Post» einen Leitartikel gelesen, in dem eine Auseinandersetzung der «Reagan administration versus everyone else»

(der Präsident gegen den Rest des Landes) diagnostiziert wurde. Überhaupt hatte ich in der amerikanischen Hauptstadt nur Negatives über den Präsidenten gehört, der Sozialprogramme kürzt, Verteidigungsausgaben erhöht, Steuern senkt und erhöht und Schulden auftürmt. Wer aber von der Ostküste, wo Amerikas Elite des Geistes und der Macht wohnt, gegen Westen, ins Herzland Amerikas reist, findet viel Zustimmung für Reagan, vielleicht nicht so sehr im einzelnen als hinsichtlich seiner konservativen Grundhaltung.

Reform wenig gefragt

Washington ist ein Bienenhaus der Macht. Das Weisse Haus als exekutiver Pol und das Capitol als legislativer Pol sind umgeben von Lobby-Hauptquartieren. In den Lobbies, den Wandelhallen und Vorzimmern der Macht, werden die Politiker bearbeitet. Von seinem Büro aus kann der Präsident zum Hauptsitz der AFL-CIO, der Dachorganisation der Gewerkschaften, hinübersehen. Gleich vis-à-vis ist auch schon das Bürohochhaus der National Rifle Association. Und so geht es weiter.

Schwerer als die althergebrachten Pressure groups haben es unter der Reagan-Administration die seit der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre, seit Vietnam und Watergate wie Pilze aus dem feuchten Waldboden geschossenen Citizens' lobbies, Watchdog lobbies, Good-government-lobbies, Civic lobbies oder Public-interest-lobbies, die sich von allen Sonderinteressengruppen abheben wollen.

Bei der ältesten und grössten dieser Bürgerinitiativen, der in den Johnson-

Jahren gegründeten Common Cause, mit einer Viertelmillion Mitgliedern, fand ich eine Katerstimmung vor. In Grossraumbüros sind Dutzende von Freiwilligen mit Telefon- und Briefaktionen beschäftigt, um die umweltschützlerische, konsumentenfreundliche oder grundrechtsbesorgte Anhängerschaft auch in wenig reformfreudiger Zeit bei Laune zu halten und das 14-Millionen-Franken-Jahresbudget sicherzustellen. «Es ist wie in einem Krieg – nach erfolgreichen Schlachten muss man retablieren, bevor man wieder kämpfen kann», erklärte mir Public-Relations-Direktorin Elise Garcia, die sich nicht als Miss oder Mrs., sondern, analog zu Mr., mit dem frauenrechtlerischen Ms. (sehr schwaches S) ansprechen lässt. Elise – immerhin lässt auch sie sich, gemäss amerikanischer Gewohnheit, nach dem Einstieg ins Gespräch, mit dem Vornamen anreden – war nach zwanzig Jahren als Lehrerin in Vermont zu Common Cause umgestiegen, um gesellschaftsverändernd tätig zu werden. Fühlt sie sich mit europäischen Grünen, Alternativlern oder «Bewegten» verwandt? Gar nicht. Dort stecke zuviel Ideologisches drin. Ihre Leute seien Durchschnittsamerikaner aus allen Altersstufen und Parteien.

Common Cause hat sich erfolgreich eingesetzt für Gesetze über mehr Transparenz beim Parlaments-Lobbyismus und bei der Parteien- und Wahlkampagnenfinanzierung, für Naturschutzerlasse, Energiesparbestimmungen. Jahrelang war man von Sieg zu Sieg geeilt. Die weitere Traktandenliste ist lang, aber heute ist man froh, wenn wenigstens das Erreichte nicht zurückgeschraubt wird. Sieben Vollprofi-Lobbyisten, Juristen mit viel

Washington-Erfahrung, weibeln im Kongress, bei Senatoren und Repräsentanten, für Common-Cause-Anliegen. In der von der Reagan-Welle umgepflügten Politlandschaft essen sie hartes Brot.

«Die Amerikaner haben das ständige Reformgerede, den Staatsaktivismus und den Steuerdruck ganz einfach satt», sagte mir Patrick D. Balestrieri, ein junger Eierkopf unter Tausenden von Konservativen, die nach den Wahlen vom November 1980 von der Hauptstadt Besitz ergriffen hatten. Im Dirkson Building, Bürotrakt des Senats, arbeitet der Italo-Amerikaner als Europaspezialist unter 19 Assistenten des Senators Jesse Helms aus North Carolina.

Man merkt in Washington rasch, wie wenig Parteietiketten allein zählen. Republikaner sind zwar in der Regel eher konservativ, also Reagan-Anhänger. Eine Minderheit von ihnen ist aber liberal (eher «links»), während umgekehrt sehr viele der mehrheitlich in der Roosevelt-Tradition stehenden Demokraten konservativ sind, vorab solche aus dem Süden und Westen.

Konservative Literatur ist in Washington ebenso «in» wie Verrisse derselben in der «New York Times» und der «Washington Post». Publiziert beispielsweise ein Konservativer, Norman Podhoretz, ein Buch zu der immer noch nachhallenden Frage «Why we were in Vietnam» und kommt zum Schluss, beim liberalen Kennedy habe es angefangen, so weist ein liberaler Rezensent flugs nach, dass schon der konservative Eisenhower die USA im südostasiatischen Dschungel involvierte. Wer nicht die Schriften der zurzeit tonangebenden Konservativen und «Neokonservativen» lesen will,

greift zum Sechs-Dollar-Penguin-Taschenbuch «The Portable Conservative Reader» mit kernigen Sprüchen. Müsterli: «Wenn es nicht nötig ist, etwas zu ändern, dann ist es nötig, es nicht

zu ändern.» Oder, noch amerikanischer: «If it ain't broke, don't fix it» (Was nicht kaputt ist, soll man nicht reparieren).

Samuel Siegrist

MITREDEN

Wer mitreden will als Staatsbürger, an verantwortlicher Stelle in einem Unternehmen, der muss neugierig sein, muss das Ohr am Puls der Zeit haben, um Neues zu registrieren und zu integrieren. Für solche Menschen, die vor einem breiten Horizont monatlich konzis orientiert werden möchten, redigieren wir mit Hilfe zahlreicher international anerkannter Mitarbeiter die Schweizer Monatshefte. Uns fehlt das Geld zu einer weit gestreuten Werbung. Doch vielleicht können Sie uns gelegentlich empfehlen?

Haben Sie vielen Dank im voraus.

SCHWEIZER MONATSHEFTE
